Aargau und die übrige Schweiz.

Druck:
Telephon Nr. 61.

Poststraße gegenüber dem städtischen Schulhaus.

Abbestellung für uns entgegen:
"Reklame", sowie H. Keller, Luzern, B. Schönenberger, Basel.
Leichen Nr. 61) ausgegeben werden.
Sämtlichen Anträgen ist das Rückporto beizufügen.

Insertionspreise:

Für die einpaltige Zeile oder deren Raum (Solch)	10	Sw.
Insertate aus dem Kanton Aargau	12	Sw.
Ausertantonale Insertate	15	Sw.
Insertate aus dem Ausland	20	Sw.
und Reklamen per Zeile	40	Sw.

Es wird also wohl kaum Reisende aus dem Seetal geben, die den weiten Weg über Wilbegg wählen, um fünf Minuten später nach Aarau zu gelangen. Ferner muß man sich fragen: Haben die S. B. B. als glückliche Besitzerin zweier eigener Linien von Lenzburg nach Aarau Ursache, die Reisenden der Linie Lenzburg-Wilbegg, d. h. der Privatbahn, zu verweisen? Ist das geschäftlich gehandelt? Nebenbei bemerkt, mag ich den Seetalern ihre Verbindungen gerne gönnen, kann aber nicht zugeben, daß sie hier in Betracht fallen.

Hat die von solchen Entschieden betroffene Bevölkerung unrecht, wenn sie sich dadurch verletzt fühlt und darüber schimpft? Leider sind nun die zuletzt angeführten Entschieden nicht nur von den eigentlichen Bahnbehörden gefällt, sondern auch vom Eisenbahndepartement, und vom Bundesrat bestätigt worden und das bringt mich darauf, nun auch noch von dem Verfahren zu sprechen, das gegenwärtig bei Erledigung der Fahrplanbegehren angewendet wird — und ich will zugeben —, gesetzlicher Vorschriften gemäß angewendet wird. In zwei bis drei Tagen hat die Fahrplankonferenz mehrere hundert Begehren zu erledigen; daß da von einer eingehenden Prüfung der Begehren keine Rede sein kann, ist einleuchtend. Nun wird eine Anzahl von Begehren weiter gezogen an das Departement, das vielleicht alle diese Begehren studieren könnte, wenn nicht unterdessen zu viel Zeit verstrichen wäre; und wenn nun gar noch eine Anzahl Begehren an den Bundesrat geleitet werden, so hat auch dieser keine Zeit mehr, die Eingaben selber anzusehen. So bleibt es tatsächlich bei dem ersten Entschieden der Bahnbehörden, und das ganze schöne Rekursrecht wird zur Illusion. Man wird mir hier einwenden, das könnte man nicht anders einrichten, wenn man die Fahrpläne zur Zeit fertig bringen wolle. Zugegeben, daß dem so sei. Aber ist es deshalb gesagt, daß mit den ablehnenden Entschieden die Sache ein für allemal erledigt sein solle für die Bahnbehörden, wie nach einem Gerichtsurteil ein Prozeß? Ich glaube nein. Ich bin der Meinung, die Bahnbehörden, die die Fahrpläne entwerfen, haben die Pflicht, die Begehren der Bevölkerung immer und immer wieder ernstlich auf ihre Berechtigung und ihre Durchführbarkeit zu prüfen und mit dieser Prüfung nicht zuzuwarten, bis die Begehren beim nächsten Termin wieder eingereicht werden. Ich bin überzeugt, daß auf diese Art viele Begehren aus der Welt geschafft würden.

Ich möchte ferner wünschen, daß bei den Schnellzugshalten mehr Gerechtigkeit geübt wird, als das jetzt der Fall ist, wo einzelne Stationen mit größerem Verkehr gegenüber solchen mit großem Verkehr bevorzugt werden. Wo Schnellzugshalte nicht möglich sind, soll durch Einlegen von Lokalbussen den Bedürfnissen Homeric etc. Rechnung

geleistet, daß die Beförderung im Bummelzug, wo man seine Zeit verliert, gleichviel kostet, wie das fahren im Schnellzug wo man so nobel an der misera plebs vorbeisaußen kann, die in kleinen Orten wohnt. Als einer aus dieser misera plebs bitte ich den verehrten Herrn Chef des Eisenbahndepartements um wohlwollende Prüfung meiner Wünsche.

Spielbankinitiative.

Die Leser des „Aargauer Tagblattes“ wissen, daß wir uns wiederholt in Korrespondenzen und auch redaktionell gegen die Unterstützung der Spielbankinitiative ausgesprochen haben. Unsere persönliche Auffassung in dieser Frage soll uns jedoch nicht hindern, auch den Freunden der Initiative die Spalten unseres Blattes zu öffnen.

Wir geben deshalb im Nachfolgenden unsern Lesern Kenntnis von der Entgegnung des Präsidenten des kantonalen Aktionskomitees auf eine Korrespondenz in unserer Dienstagsnummer.

Der Artikel ihres -ns-Korrespondenten in der Dienstagsnummer dürfte in verschiedener Hinsicht der Ergänzung bedürftig sein. Er behauptet, Artikel 35 der Bundesverfassung sei auf „das harmlose Köffli- oder Kugelspiel der schweizerischen Kurzfälle“ nicht anwendbar und beweist das mit der weitern Behauptung, die Bundesversammlung von 1874 habe „einzig und allein der Spielbank von Saron im Wallis ein Ende bereiten wollen“. Diese Behauptung ist nachweisbar falsch. Das bundesrätliche Schreiben vom 1888, das -ns zitiert, hat als Dokument für die Absichten des Gesetzgebers von 1874 absolut keinen Wert, es beweist vielmehr, soweit das abgerissene Zitat seinen Inhalt erkennen läßt, gerade die Behauptung von uns Spielbankgegnern, daß der Bundesrat seit Ende der achtziger Jahre nicht die Energie hatte, dem einreisenden Unjag grundsätzlich zu wehren, sondern sich damit begnügte, von Zeit zu Zeit den ärgsten Übelständen der durch seine Nachgiebigkeit geschaffenen Lage entgegenzutreten. — Artikel 35 der V. V. verdankt, was nicht allgemein bekannt ist, sein Dasein einem Antrag von Jakob Stämpfli (gestellt in der nationalrätlichen Kommission für die neue Verfassung am 27. Februar 1871). Die Motive, die Stämpfli dazu führten, werden klar aus folgenden Ausführungen, die er in einem Referat über die Revision am 25. Juni 1871 in Biel machte. Da unterschied er verschiedene Gruppen von Bestimmungen, unter andern auch solche über „die Stellung des Bundes zu den sogenannten gemeingefährlichen oder gemeinschädlichen Fragen“. In diese Kategorie rechnet er die Jesuitenfrage, die Klosterfrage und das Verbot der Spielbanken. „Die bisherige Bundesverfassung“, sagt Stämpfli, „enthielt hierüber keine Bestimmung, es haben aber einige

ungea.
liches der
Siegerist,
jovreden.
und er-
3. B. Be-
den Bann-
t S. B. B.
Ausnahms-
genen Si-
das treff-
Dr. Sie-
Dr. Sie-
Zehrt um
das nun
Entspringt
embünde-
der Zeit.
brühen
an haben.
er werden
Schuld für
sich selber
ja wahr,
Sünder
ren, daß
Verkehrs
er entfällt
ng auf die
größeren
uns sehr
lege ihrer
endungen
: ist beim
Vorüber-
tan in der
: Vorwurf
die großen
: gut, daß
den, wenn

Schnellzug wurde für die Hauptlinie nach Brugg und Turgi nicht bewilligt; wohl aber fährt ein solcher nach Wohlen und vermittelt der Seetalbahn, also einer Privatbahn, einen Anschluß in Lenzburg, und das, obwohl die fünf Stationen der Hauptlinie (Kupperswil bis und mit Turgi) über 300 000 Personen mehr Verkehr aufweisen als die fünf Stationen der Nebenlinie nach Wohlen (982 368 gegen 636 575 pro 1912). Ein Beispiel dafür, daß Fahrplanverbesserungen gegen das Interesse der S. B. B. abgelehnt werden, ist die Verweigerung des Haltes von Zug 195 (Basel-Zürich) in Brugg. Ein Halt dieses Zuges würde eine vorzügliche Abendverbindung von Basel nicht nur nach Brugg, sondern auch nach Wohlen darstellen. Der Zug ist, wie nachgewiesen wurde, sehr häufig genötigt, vor dem Einjahrsignal des Bahnhofes Brugg zu warten, macht also jowiejo einen Halt, der der Bahn und dem Publikum aber nichts nützt. Der wiederholt begehrte Halt wurde abgelehnt, warum? Weil der Zug als internationaler Schnellzug Berlin-Zürich eingeführt worden sei. Dabei hat er von Berlin her gar keinen direkten Anschluß!

Ein anderes Beispiel: Zug 3272 fährt am Morgen von Bülach über Baden nach Narau, wo er um 7 Uhr 15 Minuten eintrifft. Die Schulen in Narau beginnen im Sommer ebenfalls um 7 Uhr 15 Minuten. Um nun den Besuchern der Kantonschule und des Lehrerinnenseminars die Benutzung dieses Zuges zu ermöglichen, wurde verlangt, er möchte um 10 bis 15 Minuten früher in Narau ankommen. Dem Verlangen wurde nicht entsprochen, weil die Fahrgeschwindigkeit dieses Zuges nicht erhöht werden dürfe und weil er den Seetalbahnzug Nr. 171 aufnehmen müsse. Zur Illustration der fabelhaften Fahrgeschwindigkeit dieses Zuges erwähne ich die Tatsache, daß er jahrplannäßig in Baden eine geschlagene halbe Stunde liegt; und was die Aufnahme des Seetalzuges in Wildegg anbetrifft, so ist hier Folgendes zu sagen: Wer aus dem Seetal kommt, hat Gelegenheit, in Lenzburg auf die Bundesbahn umzusteigen und gelangt mit dieser um 7 Uhr 10 Minuten, also fünf Minuten früher, nach Narau.

ist einleuchtend. Nun wird eine Anzahl von Begehren weiter gezogen an das Departement, das vielleicht alle diese Begehren studieren könnte, wenn nicht unterdessen zu viel Zeit verstrichen wäre; und wenn nun gar noch eine Anzahl Begehren an den Bundesrat geleitet werden, so hat auch dieser keine Zeit mehr, die Eingaben selber anzusehen. So bleibt es tatsächlich bei dem ersten Entscheide der Bahnbehörden, und das ganze schöne Refusrecht wird zur Illusion. Man wird mir hier einwenden, das könne man nicht anders einrichten, wenn man die Fahrpläne zur Zeit fertig bringen wolle. Zugegeben, daß dem so sei. Aber ist es deshalb gesagt, daß mit den ablehnenden Entscheiden die Sache ein für allemal erledigt sein solle für die Bahnbehörden, wie nach einem Gerichtsurteil ein Prozeß? Ich glaube nein. Ich bin der Meinung, die Bahnbehörden, die die Fahrpläne entwerfen, haben die Pflicht, die Begehren der Bevölkerung immer und immer wieder ernstlich auf ihre Berechtigung und ihre Durchführbarkeit zu prüfen und mit dieser Prüfung nicht zuzumauern, bis die Begehren beim nächsten Termin wieder eingereicht werden. Ich bin überzeugt, daß auf diese Art viele Begehren aus der Welt geschafft würden.

Ich möchte ferner wünschen, daß bei den Schnellzughalten mehr Verlässlichkeit geübt wird, als das jetzt der Fall ist, wo einzelne Stationen mit geringerem Verkehr gegenüber solchen mit großem Verkehr bevorzugt werden. Wo Schnellzughalte nicht möglich sind, soll durch Einlegen von Lokalzügen den Bedürfnissen kleinerer Orte Rechnung getragen werden, was wahrscheinlich nicht so viel kosten wird, wie gewisse Luxuszüge, die man den Fremden zulieb führt. Zur Besehung des Lokalverkehrs sollen mit aller Beförderung Triebwagen eingeführt werden, wie das Eisenbahndepartement ja selber bei der Generaldirektion angeregt hat. Es scheint mir, es sollte hier kein langes Studium mehr notwendig sein, nachdem solche Wagen sich im Auslande bestens bewährt haben. Wenn etwa das Geld fehlen sollte, so führe man eine Zuschlagtaxe ein für die Schnellzüge. Es ist ja jowiejo eine Ungerechtig-

keine stärkere Mittel gebe, und teilte ihr mit, daß sie drei oder eventuell sogar vier, aber nicht mehr Pulver nehmen dürfe. Auf der Rückseite standen die Worte: „Bernichte diesen Brief.“ Wie nun der öffentliche Ankläger Mr. Bodin ausführte, sollten diese eingeschmuggelten Pulver heftiges Erbrechen hervorrufen. Eine zwangsgefütterte Person würde nach Genuß des Pulvers die eingeschmuggelte Nahrung sofort wieder erbrechen. Sie würde also als krank entlassen werden müssen, und das

itten.
wirklichen
Krieg, der
geführt.
bekämpft
s geändert
schre Kra-

wurden, da boten sie einen jammervollen Anblick. Die meisten der Damen hatten die Hüte in dem Kampf verloren, die Kleider hingen ihnen in Fetzen herunter, viele hatten geschwollene Augen und bluteten aus Wunden.
Auf der Straße setzte sich aber dieses traurige Schauspiel noch fort. Als eine der Suffragetten in ein Taximeterautomobil steigen wollte, drängte sich eine sehr elegante, wie sich später herausstellte, der Aristokratie angehörige Dame an sie heran, zerrte

hiebe der weiblichen Besucher zu schützen, was ihm aber nicht ganz gelang. Die Suffragette wurde verhaftet.
Eine charakteristische und hochinteressante Verhandlung fand vor dem Polizeigericht für London statt, wo der Solicitor einer großen Anwaltsfirma, Mr. Artur Barnett, angeklagt war, einer in „Holloway“ gefangenen Suffragette Pakete mit Medikamenten und Briefe hineingeschmuggelt zu haben. Der öffentliche Ankläger machte darauf aufmerksam, daß

keine stärkeren Mittel gebe, und teilte ihr mit, daß sie drei oder eventuell sogar vier, aber nicht mehr Pulver nehmen dürfe. Auf der Rückseite standen die Worte: „Bernichte diesen Brief.“ Wie nun der öffentliche Ankläger Mr. Bodin ausführte, sollten diese eingeschmuggelten Pulver heftiges Erbrechen hervorrufen. Eine zwangsgefütterte Person würde nach Genuß des Pulvers die eingeschmuggelte Nahrung sofort wieder erbrechen. Sie würde also als krank entlassen werden müssen, und das

das Übel und die Schande in unserem Lande. Daher der Vorschlag, die Gründung der Spielbanken in der Schweiz zu untersagen und die bestehenden aufzuheben. Letztere Bestimmung bezieht sich auf die Spielbank von Saxon, deren Konzession 1877 ausläuft.“

Daraus geht denn doch wohl deutlich hervor, daß der Gesetzgeber von 1874 (und auf diesen kommt es hier an!) keineswegs bloß die Unterdrückung von Saxon bezweckte (das war nur eine selbstverständliche Folge!), sondern die Verhinderung einer Einwanderung des durch und durch unschweizerischen Spielbankwesens überhaupt. Die weitere Frage, ob Artikel 35 auf „das harmlose Kößli- oder Kugelspiel“ anwendbar sei oder nicht, hing nun bis jetzt ab von der Beurteilung dieser neuen Erscheinungen seitens der Exekutivbehörden. Denn für den Gesetzgeber von 1874 bestand diese Frage nicht, aus dem einfachen Grunde, weil diese Spiele erst Ende der achtziger Jahre da und dort, zuerst im geheimen, dann öffentlich auftraten, von den Lokalbehörden aus durchsichtigen Gründen geduldet und schließlich vom Bundesrat mit gewissen Einschränkungen unter schla-per Interpretation des Artikels 35 anerkannt wurden. Es geschah trotz des Verbotes der B. V. gerade das, was Stämpfli, 1871, befürchtet hatte, wir bekamen „die Schande und das Übel“ (das sagt Stämpfli, nicht ein Muder von heute!) ins Land, nur daß sich die verantwortliche Exekutive angesichts der neuen „Unterhaltungsspiele“ auf die Unbestimmtheit des Begriffs „Spielbank“ in jenem Verbot berufen zu können meinte. Unsrer Initiative geht von dem Standpunkt aus, diese schlappe Interpretation widerlaufe dem Sinn und Geist des Artikels 35, und diesem Sinn und Geist möchte sie durch eine unzweideutige Definition des Begriffes „Spielbank“ zu seinem Recht verhelfen. Aber vielleicht irren wir uns gerade darin, daß wir „das harmlose Kößli- oder Kugelspiel“ mit den Spielen des ehemaligen Baden-Baden und Saxon oder des heutigen Monte Carlo auf eine Stufe stellen? Nein, wir irren uns nicht. Denn erstens handelt es sich hier wie dort um dieselbe Sache, nur in etwas verschiedenem Gewande. Daß der Umfang der Einsätze und nicht der Charakter des Spiels als gewerbsmäßige Ausbeutung der Spielfucht für den Begriff der „Spielbank“ maßgebend sein soll, das ist doch offenkundig eine Notausrede, die in Artikel 35 und in seiner Vorgeschichte keinen Grund hat. Zweitens bestreiten wir aber auch ganz energisch die „Harmlosigkeit“ den angeblich bloßen „Unterhaltungs“-Charakter dieser Spiele. Ist das ein Unterhaltungsspiel, müssen wir immer wieder fragen, bei dem es (nach der bundesrätlichen Verordnung, die Wirklichkeit kann sich aber noch ganz anders gestalten!) möglich ist, in zwei Minuten 25 Franken, in einer Stunde 750 Franken zu setzen und zu verlieren? Sind das Unterhaltungsspiele, deren Jahresumsatz, wie wir von kompetenter Seite wissen, in die Millionen geht? Wer lachte da nicht? Warum würden sich wohl die Kurssaalinteressenten so für die Fortsetzung dieser Spiele wehren, wenn sie nicht eben im schönsten Sinne des Wortes „Gewinnspiele“ wären?! Und warum haben die Herrschaften es nicht gewagt, diese „harmlose“ und doch für die Fremdenindustrie angeblich so unentbehrliche Einrichtung an die schweizerische Landesaussstellung zu bringen, wie es alle andern ehrlichen Erwerbszweige mit ihrer Sache getan haben, damit einmal alles Volk hätte sehen können, wie's gemacht wird?! Warum nicht? Die Unterscheidung zwischen „Unterhaltungsspiel“ und „Gewinnspiel“ scheint ihnen doch allerlei Schwierigkeiten zu machen. Und darum ist

der ihm seinem Werte gemäß Fundament der Schweiz bei und Gesundheit des Volkes. aus in einem Toast auf das stellung, die Bundesstadt B. Begriff, der allen zivilisierten Vaterland!

Nach den beiden Reden, Beifall aufgenommen wurde, pfang abgeschlossen. Der U. die Vorträge des Orchesters, einer Söldnergesellschaft.

Der Besuch der Landes gestrigen Tage wieder äußere Veranstalter konstatieren in Tag zu Tag sich steigerrnd-tung konnte der Präsidenten eidgenössischen Räten t wirklich alle Abteilungen für Wochen nach Eröffnung der das der bekannnten Energie dauer der Berner alle Ehre.

Marg

Aus dem

Die Geschäftsinhaber v gebung — um die 40 an der Tage zu einem Rabattverein bandes Schweizer. Rabattv sen, mit dem Zwecke, den Ba Preisbildung zu fördern u: verkehr entgegenzutreten.

Das unteraarge

findet am Sonntag den 21. Dem Festprogramm entneh- turnerische Arbeit* beginnt Uhr erfolgt das Mittagessen: nen fortgesetzt bis 4 Uhr; e menriege Jurzach. Um 4 U geführt und um 5 Uhr wi- Uebungen ab. Hernach Fest Zur Durchführung der Wel- tionen und somit auch di in vier Abteilungen eingeteil die Stadtmusik Klingnau. vom festgebenden Verein in

Bezirkssturnfe

Die Inspektion für das fest in Murgental findet E Zofingen und Kölliken sta: und der definitive Anmelde- tionen noch zuge stellt. Das- ten Uebungen ist bis 27. dem Verbandsoberturner S Narburg, einzureichen.

Zofing

Der beim Brandfall in Zofingen verunglückte Herr legungen erlegen.

Kant

Soloth

— Zur Regierungsrat nig-demokratische Zentralkon- hörigen folgenden Aufruf: Werte Parteifr

Sie habt am Sonnta: demissionierenden, um den- ten Herrn Dr. Rudolf St: den Regierungsrat zu trefsi

das sagt Stämpfli, nicht ein Mucker von heute!) ins Land, nur, daß sich die verantwortliche Exekutive angeichts der neuen „Unterhaltungsspiele“ auf die Unbestimmtheit des Begriffs „Spielbank“ in jenem Verbot berufen zu können meinte. Unre Initiative geht von dem Standpunkt aus, diese schlappe Interpretation widerlaufe dem Sinn und Geist des Artikels 35, und diesem Sinn und Geist möchte Sie durch eine unzweideutige Definition des Begriffes „Spielbank“ zu seinem Recht verhelfen. Aber vielleicht irren wir uns gerade darin, daß wir „das harmlose Kofli- oder Kugelspiel“ mit den Spielen des ehemaligen Baden-Baden und Saron oder des heutigen Monte Carlo auf eine Stufe stellen? Nein, wir irren uns nicht. Denn erstens handelt es sich hier wie dort um dieselbe Sache, nur in etwas verschiedenem Gewande. Daß der Umfang der Einsätze und nicht der Charakter des Spiels als gewerbsmäßige Ausbeutung der Spielsucht für den Begriff der „Spielbank“ maßgebend sein soll, das ist doch offenkundig eine Notausrede, die in Artikel 35 und in seiner Vorgeschichte keinen Grund hat. Zweitens bestreiten wir aber auch ganz energisch die „Harmlosigkeit“ den angeblich bloßen „Unterhaltungs“-Charakter dieser Spiele. Ist das ein Unterhaltungsspiel, müssen wir immer wieder fragen, bei dem es (nach der bundesrätlichen Verordnung, die Wirklichkeit kann sich aber noch ganz anders gestalten!) möglich ist, in zwei Minuten 25 Franken, in einer Stunde 750 Franken zu setzen und zu verlieren? Sind das Unterhaltungsspiele, deren Jahresumsatz, wie wir von kompetenter Seite wissen, in die Millionen geht? Wer lachte da nicht? Warum würden sich wohl die Kurjaalinteressenten so für die Fortsetzung dieser Spiele wehren, wenn sie nicht eben im schönsten Sinne des Wortes „Gewinnspiele“ wären?! Und warum haben die Herrschaften es nicht gewagt, diese „harmlose“ und doch für die Fremdenindustrie angeblich so unentbehrliche Einrichtung an die schweizerische Landesausstellung zu bringen, wie es alle andern ehrlichen Erwerbszweige mit ihrer Sache getan haben, damit einmal alles Volk hätte sehen können, wie's gemacht wird?! Warum nicht? Die Unterscheidung zwischen „Unterhaltungsspiel“ und „Gewinnspiel“ scheint ihnen doch allerlei Schwierigkeiten zu machen. Und darum ist die Unterstützung der Initiative „sehr“ am Platze.

K. B.

Schweiz.

v. Der Empfang der Bundesbehörden

in der Landesausstellung vollzog sich am Donnerstag Nachmittag während eines Banketts im Restaurant

Die Geschäftsinhaber von Laufenburg und Umgebung — um die 40 an der Zahl — haben sich dieser Tage zu einem Rabattverein, einer Sektion des Verbandes Schweizer Rabattvereine, zusammengeschlossen, mit dem Zwecke, den Barverkehr und eine gesunde Preisbildung zu fördern und unlauterem Geschäftsverkehr entgegenzutreten.

Das unteraargauische Turnfest

findet am Sonntag den 21. Juni in Klingnau statt. Dem Festprogramm entnehmen wir folgendes: Die turnerische Arbeit beginnt morgens 7 Uhr; um 12 Uhr erfolgt das Mittagessen; um 1 Uhr wird das Turnen fortgesetzt bis 4 Uhr; es produziert sich die Damenriege Zurzach. Um 4 Uhr wird ein Festzug ausgeführt und um 5 Uhr wideln sich die allgemeinen Uebungen ab. Hernach Festrede und Preisverteilung. Zur Durchführung der Wettkämpfe wurden die Sektionen und somit auch die Einzelturner derselben in vier Abteilungen eingeteilt. Als Festmusik fungiert die Stadtmusik Klingnau. Die Festwirtschaft wird vom festgebenden Verein in Regie betrieben.

Bezirksturnfest Zofingen.

Die Inspektion für das diesjährige Bezirksturnfest in Murgental findet Sonntag den 21. Juni in Zofingen und Kolliken statt. Der Inspektionsplan und der definitive Anmeldebogen werden den Sektionen noch zugestellt. Das Verzeichnis der freigewählten Uebungen ist bis 27. Juni in vier Exemplaren dem Verbandsoberturner S. Keller, Turnlehrer, in Aarburg, einzureichen.

Zofingen.

Der beim Brandfall in der chemischen Fabrik in Zofingen verunglückte Herr Wärfeli ist seinen Verletzungen erlegen.

Kantone.

Solothurn.

Zur Regierungsratswahl erläßt das freisinnig-demokratische Zentralkomitee an die Parteiangehörigen folgenden Aufruf:

Werte Parteifreunde!

Ihr habt am Sonntag, den 14. Juni für den demissionierenden, um den Kanton vielfach verdienten Herrn Dr. Rudolf Rihburz eine Ersatzwahl in den Regierungsrat zu treffen.

Das erweiterte Zentralkomitee der freisinnig-demokratischen Partei schlägt Euch als Kandidaten vor: Herrn Ferdinand von Arx, Baumeister, in Olten.

Er ist ein in den Geschäften des Landes erfahrener, seit vielen Jahren durch unermüdbliche, treue Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit erprobter Mann. Gewissenhaftigkeit und Fleiß werden ihm auch vom

offene Stellen angeordnet. Prozent besetzt werden. Wanderer war wieder größten, im Juni günstigen Arbeitsmarkt im Herbst noch mehr Breitung der Maul- und Fußkrankheit für Land und Volk. Verband zu Abwehr. terer Verschleppung rechnerisch erzielt von 22,000 Fr. Ausgaben, schließt Fr. 1242. An die tion erging das An den letzten Jahren der Naturalverwaltung erfreuliche Tatsache durchschnittliche Qualität entschieden besser ge-

— Der falsche Einzug gehalten. G schickte Blätter lassen mehr auskommen. Die Entwicklung der Dieser Nebenrechnung Länder Neben bei Wissenlach konstatiert

— Das Tre Vor einigen Wochen zern die international zern etabliert hat die Wettbureauz im jungen und treiben es geht. Den Wohns begeben sich per um dort ihre Geschä

— Der Regierung, dem interkantonalen Wettbewerb der Kraftwerke die dem Kanton Zug trage von Fr. 248,400 Geld würde der schaffen.

— Vom zweiten Simplontun wie auf der Südseite doch scheint auf der liberer zu sein.